

ANTWORTEN
von
Gerhard Schick
(WK Mannheim)



Der Fragenkatalog, auf den sich die Antworten beziehen, ist nachzulesen unter <http://www.gjbw.de/index.php?id=2028>

1. Mein politisches Engagement begann nicht bei der Grünen Jugend, aber die Zusammenarbeit war und ist mit wichtig. Zwei Beispiele: Mit Jan Philipp Albrecht und anderen zusammen habe ich das Papier „Regierungsfähig durch mutige Debatten“ geschrieben, das sich für eine neue Diskussionskultur innerhalb der Grünen einsetzt. Und Aktive der Grünen Jugend haben gemeinsam mit meinem Bundestagsbüro eine kleine Bankenumfrage durchgeführt, mit der wir herausfinden wollten, ob am Bankschalter über die Möglichkeit nachhaltiger Geldanlagen aufgeklärt wird – das Ergebnis war ernüchternd, aber gerade deswegen umso wichtiger. Ich sehe die Grüne Jugend nicht als Karriereschmiede oder bloßes Anhängsel der Grünen, sondern als Organisation, die eigene, neue Themen auf die Tagesordnung bringt und – wenn nötig – auch als Korrektiv der „Alten“ wirkt. Beides ist ihr in der letzten Zeit insbesondere bei Themen wie Rechtsextremismus, Soziales, Bildung oder Medien sehr gut gelungen. Ich selbst hatte natürlich vor allem mit dem Fachforum Wirtschaft zu tun.
2. Mit 33 Jahren bin ich in den Bundestag gekommen, heute bin ich 36 – da sehe ich mich nicht nur als Vertreter, sondern nach wie vor als Mitglied der „jungen Generation“. Das Durchschnittsalter der Grünen Jugend liegt zwar hinter mir, ich bin aber trotzdem einer der Jüngsten in der Fraktion. Noch wichtiger scheint mir zu sein, dass ich die letzte Regierungszeit noch als Parteiaktiver erlebt habe, nicht als MdB. Dadurch ist es leichter, Altes in Frage zu stellen, nach vorne zu blicken und neue Impulse zu geben.
3. In der Politik geht es darum, wie wir als Gesellschaft leben wollen. Diese Auseinandersetzung ist spannend – wenn man sie zulässt, klare Position bezieht und die Konflikte offen angeht. Abschreckend sind dagegen die Rituale des Sichvordrängens, viel zu reden, ohne etwas zu sagen, wenn Politik zum Selbstzweck wird. Ich bin allgemein für mehr Partizipationsmöglichkeiten (Bürgerhaushalt, mehr direkte Demokratie), aber auch speziell bei Jugendlichen, etwa durch ein niedrigeres Wahlalter oder Jugendparlamente, die

nicht nur reden, sondern auch etwas entscheiden dürfen. Wir brauchen stärkere Beteiligungsmöglichkeiten im Schulleben, sodass Jugendliche erfahren, dass Engagement konkret etwas bewirken kann – und sich nicht darin erschöpft, alle vier Jahre ein Kreuz zu malen. Wir müssen die Macht der Exekutive zurückdrängen, damit die gewählten VolksvertreterInnen wieder wirklich die zentralen Entscheidungen fällen. Und es geht um glaubwürdige Personen. Deswegen halte ich es für so wichtig, in Parteien und politischen Organisationen immer auf einen guten Mix von Erfahrung und jungem, frischen Wind zu achten. In der Demokratie sollte es keine Arbeitsteilung geben zwischen BerufspolitikerInnen einerseits und politischem Desinteresse andererseits. Deswegen ist es so wichtig, dass viele Menschen ehrenamtlich politische Verantwortung übernehmen, etwa auf kommunaler Ebene. Und bei denen, die mit der Politik ihren Lebensunterhalt verdienen, wäre es richtig, wenn viele von ihnen nach einigen Jahren wieder in ihren Beruf zurückkehren. Dazu braucht es Regeln, die die Amtszeiten begrenzen.

4. Vier klare „Jas“:

1. Atomausstieg: Die sieben ältesten Atom-Meiler müssen vom Netz
2. Einhaltung des 40%-Ziels bei der Emissionsminderung bis 2020
3. Erhöhung des Regelsatzes Hartz IV
4. Eine wirkliche Bildungsoffensive

Vier klare „Neins“:

1. Keine Steuersenkungen auf Pump
2. Keine weiteren Rückschritte bei Bürgerrechten und Datenschutz
3. Keine Auslandseinsätze ohne UN-Mandat
4. Keine weitere Förderung der Gen-Technik

5. Das Wichtigste dabei: Gleichstellungspolitik als Querschnittsthema betrachten. Und weil das so ist, würde ein Anspruch auf Vollständigkeit hier den Rahmen sprengen. Aber ich will ein paar Instrumente in meinem Fachgebiet nennen, der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Das hat mit Frauenpolitik nichts zu tun? Weit gefehlt!
- Zum Beispiel ist eine Studie zum Ergebnis gekommen, dass sich ein hoher Anteil von Frauen bei der Bankberatung nicht mit dem nötigen Respekt behandelt fühlt – sei es, dass ihre Kompetenz angezweifelt wurde oder sich der Bankberater offen arrogant verhielt. Auch deswegen ist unsere Forderung nach mehr Frauen in Führungspositionen (40% des Aufsichtsrats) gerade für die Finanzbranche wichtig.
 - Die Politik kann mit ihrem Einfluss dafür sorgen, dass öffentliche Unternehmen auf verschiedenen Ebenen mit einem guten Beispiel vorangehen – diese Chance muss genutzt werden. Zum Beispiel bei den öffentlichen Banken: Ich setze mich für „Grüne Sparkassen“ ein, wobei sich das Konzept nicht in der stärkeren Förderung ökologischer Investments erschöpft – die Frauenförderung ist ein weiterer zentraler Punkt.
 - Oder das Steuerrecht: Die Forderung, das Ehegattensplitting abzuschaffen, gehört

mittlerweile zu den „Klassikern“ frauenpolitischer Forderungen. Doch sie bleibt aktuell:

Während heute in der günstigen Lohnsteuerklasse III 83% der Steuerpflichtigen Männer sind, befinden sich in der sehr nachteiligen Klasse V zu 90 % Frauen.

Diese Punkte sind nur Beispiele, aber Bausteine einer Gleichstellungspolitik, die sich durch alle Politikbereiche ziehen muss und nicht aus den Augen verloren werden darf.

6. Als schwuler Abgeordneter hätte für mich die Forderung nach der vollständigen Gleichstellung von Ehe und LebenspartnerInnenschaft eigentlich unter den Punkt 4 – unverhandelbare Punkte – gemusst. Aber ich will mich nicht wiederholen und schreibe es deswegen hier: Dass Schwule und Lesben noch immer rechtlich anders behandelt werden als Ehepaare, finde ich anachronistisch und ist ein Ausdruck der Vorurteile, die Homosexuellen noch immer entgegengebracht werden. Im Steuer-, Unterhalts- und Erbrecht sind Trippelschritte gemacht worden, es braucht aber den großen Wurf zur völligen Gleichstellung, Adoptionsrecht inklusive.
Aber Gesetze sind nicht alles: In der Gesellschaft brauchen Homo- und Transsexuelle mehr als Toleranz – sie brauchen Akzeptanz. Insbesondere abseits der Großstädte haben es Schwule, Lesben und Transsexuelle immer noch schwer. In Migranten-Communities ist es immer noch extrem problematisch sich zu outen. Deswegen müssen wir an den Schulen ansetzen. Dort aber wird Homosexualität immer noch totgeschwiegen, Lehrerinnen und Lehrer trauen sich häufig nicht, zu ihrer Orientierung zu stehen. Alte Klischees herrschen vor. Und wer in kirchlicher Trägerschaft arbeitet, zum Beispiel als Erzieher, dem droht bei einem Outing die Kündigung. Ich werde diese Fragen weiter öffentlich thematisieren, auch dort, wo es unangenehm ist.
7. Wie ihr wisst, setze ich mich für ein „modulares Grundeinkommen“ ein. Ein Grundeinkommen halte ich also für richtig, es muss aber mit Augenmaß, nach und nach eingeführt werden. Denn die soziale Sicherung ist viel zu wichtig für viele Menschen, als dass man im Hauruck eine Riesensystemumstellung machen könnte. Ich bin überzeugt, dass wir mit der Grundsicherung für Kinder und einer Mindestrente im Alter erste Schritte hin zu einer grundlegenden Modernisierung der sozialen Sicherung erreichen können: Einfacher, menschenwürdiger, armutsfest und immer so, dass Anreiz und Chance bestehen, Arbeit aufzunehmen und sich in die Gesellschaft einzubringen. Aber ich halte ein Grundeinkommen nicht für das Allheilmittel der Sozialpolitik: Keinesfalls darf es gegen den dringend notwendigen Ausbau von Infrastruktur und Investitionen ausgespielt werden, denn individuell angepasste Bildungs-, Betreuungs- und Eingliederungsmaßnahmen sind genauso wichtig wie ein Einkommen, das ein würdiges Leben ermöglicht.
8. Das wird die Herausforderung der nächsten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte – und sie wird nicht leicht. Aber ich glaube, dass wir mit dem Fraktionsbeschluss „Energie sparen, Kosten senken, Klima schützen“ in die richtige Richtung gehen. Er enthält u.a. das von mir angestoßene Konzept der „Klimaschecks“, das auch Haushalten mit geringen und mittleren

Einkommen die Beteiligung an energiesparenden Innovationen ermöglichen soll. Es wird ergänzt durch einen Energiesparfonds, mit dem z.B. Contracting-Maßnahmen oder Gebäudesanierungsmaßnahmen der Kommunen finanziert werden sollen. Hinzu kommt eine ökologische Ausrichtung der Dienstwagenbesteuerung, damit nicht die Allgemeinheit spritfressende Luxusautos mitfinanziert und damit ein Anreiz zur Produktion sparsamer Autos gegeben wird. Denn je nach Fahrzeugklasse beginnen bis zu 85% der Autos ihr „Leben“ als Dienstwagen. Durch solche Maßnahmen wird ein Anreiz gegeben, weniger Energie zu verbrauchen, ohne dass durch das bloße Drehen an der Preisschraube einkommensschwächere Haushalte darunter besonders leiden. Das wird aber nur ein Anfang und nicht die ganze Antwort sein können. Der Staat ist in der Verantwortung, Forschung und Entwicklung im Bereich Energieeffizienz massiv zu fördern, damit viel mehr Energie gar nicht erst verbraucht wird – das ist immer noch der umweltschonendste und preiswerteste Weg.

9. Ich glaube, man muss bei dieser Frage zwischen kurz- und langfristigen Ansätzen entscheiden. Kurzfristig ist mit der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinie ein erster guter Schritt getan: Gegen ganz konkrete Benachteiligungen kann nun geklagt werden und der Beschuldigte muss den Gegenbeweis bringen. Auch dieses Gesetz geht aber in einigen Punkten nicht weit genug und vor allem bekämpft es keine strukturellen Diskriminierungen. Damit sind wir bei der langfristigen Perspektive: Hier liegt es in erster Linie an einer Generalüberholung unseres Bildungssystems, damit nicht nach der vierten Klasse entschieden wird, wer in welche Schublade kommt – und das oft noch nicht einmal nach Leistungskriterien sondern nach sozialem Stand der Eltern, Migrationshintergrund etc. Außerdem setze ich mich für eine „Kultur der zweiten Chance“ in Deutschland ein: Zu oft wird Menschen, die einmal gescheitert sind (mit ihrem Schulabschluss, ihrer Ausbildung oder einer Selbstständigkeit) nicht zugetraut, jemals wieder etwas auf die Beine stellen zu können. Das ist etwa in den USA ganz anders. Hier muss ein Umdenken beim Staat, bei Arbeitgebern und Banken stattfinden, das von der Politik eingefordert und begleitet wird.
10. Zunächst einmal hoffe ich, dass dieser Begriff nicht Schule macht – aber gemeint ist wohl eine Armee, die zu unserer Sicherheitspolitik passt: Einer unserer grünen Grundwerte ist der Schutz der Menschenrechte und wenn unbestreitbar ist, dass eine massive Verletzung dieses Rechts – etwa ein Völkermord – nicht anders als durch militärische Intervention verhindert werden kann, dann werde ich mich auch als Grüner dafür einsetzen, solange ein UN-Mandat den Einsatz abdeckt. Tatenlosigkeit wie 1994 in Ruanda darf nie wieder passieren. Fragwürdige Einsätze wie die Operation Enduring Freedom, im Kongo oder die Tornado-Flüge über Afghanistan habe ich im Bundestag aber abgelehnt. Dieser Haltung muss die Ausstattung der Armee folgen. Insofern ist die „grüne Armee“ für mich kleiner als die heutige Bundeswehr und in Ausstattung und Struktur auf menschenrechtliche und friedenssichernde Aspekte ausgerichtet. Sie muss zudem zwingend in eine kollektive und gewaltpräventive Sicherheitsstrategie mit zivilem Primat eingebunden werden.